

A stylized map of Europe composed of a grid of dots. Most dots are grey, but several are red, highlighting specific countries including Greece, Bulgaria, and others in the Balkans and Eastern Europe.

Die Debatte über die Euro- und Finanzkrise in Bulgarien

KRASTYO PETKOV
Dezember 2011

- Griechenland ist einer der größten ausländischen Investoren in Bulgarien. Die Krise der Eurozone gehört zu den meist diskutierten Themen in der öffentlichen Debatte Bulgariens.
- Die politische Elite ist vorsichtig in ihrer Einschätzung der griechischen Krisensituation. Sie unterstützt in der Regel die Initiativen der Europäischen Kommission und der führenden EU-Staaten. Die Regierungspartei nutzt das griechische Beispiel, um die seit 2008 verfolgte strikte Haushaltspolitik zu rechtfertigen.
- Die bulgarischen Experten sind in ihren Analysen und Schlussfolgerungen gespalten. Eine starke neoliberale Lobby kritisiert Griechenland für seinen übermäßigen Interventionismus und die hohen öffentlichen und sozialen Ausgaben. Die EU wird für ihr verspätetes Handeln kritisiert. Eine alternative, neokeynesianische Kritik richtet sich in erster Linie gegen den globalen Finanzsektor, Korruption und oligarchische Kreise.
- Mit einem raschen Euro-Beitritt des Landes ist nicht mehr zu rechnen; Steuerharmonisierungen und eine Finanztransaktionssteuer werden vom Flat-Tax-Steuerparadies Bulgarien abgelehnt.

Die gegenwärtige Krise der Eurozone, die in Griechenland begann und das Land an den Rand der Pleite gebracht hat, gehört zu den meist diskutierten Themen in der öffentlichen Debatte Bulgariens. Es gibt besondere Gründe für dieses Interesse, das vor allem durch die Medien aufrechterhalten wird:

Erstens ist Griechenland einer der größten ausländischen Investoren im Nachbarland Bulgarien und engagiert sich in Schlüsselgebieten der Wirtschaft und der Finanzen: Leichtindustrie, Bauwesen, Verkehr, Tourismus, Telekommunikation, Banken, Versicherungen u.a. So kontrollieren z.B. fünf griechische Banken über 30 Prozent der Aktiva und der Operationen im Bankensektor. Gleichzeitig ist Griechenland eines der wichtigsten Ziele für bulgarische Wirtschaftsmigranten.

Wegen dieser Besonderheiten bekam Bulgarien bereits zu Beginn der Krise (nach 2009) ihre direkten und indirekten Effekte zu spüren – eine drastische Reduzierung der Kreditvergabe seitens der griechischen Banken, Erhöhung der Zinsen für Kredite, einseitige Änderung der Bedingungen der bereits vergebenen Kredite usw. Viele griechische Investoren, hauptsächlich in den Grenzgebieten, beendeten ihre Tätigkeit oder gingen pleite. Die Aufträge griechischer Vermittler für bulgarische Unternehmen in der Textil-, Näh- und Schuhbranche gingen massiv zurück. Vor allem in strukturschwächeren Regionen führte dies zu Verlusten an Arbeitsplätzen. Ein Teil der bulgarischen Arbeitsmigranten verließ Griechenland und zog in andere europäische Länder weiter.

Zweitens hat der Austausch von Arbeitern und Fachleuten, Touristen, Studenten und Investoren zu einem gegenseitigen Kennenlernen der Bevölkerung in beiden Staaten geführt. Seit der Aufnahme Bulgariens in die EU wurde die Mobilität von Personen, Arbeitskraft, Waren und Dienstleistungen erheblich erleichtert, weshalb die Bulgaren die griechische Realität aus der Nähe kennen: die Arbeit der Institutionen, die Gesetzgebung, die Traditionen im industriellen und im Finanzmanagement, die Mentalität und familiäre Gewohnheiten. Die bulgarische Einschätzung der griechischen Schulden- und Währungskrise ist daher unter Umständen realistischer und fundierter als die anderer EU-Staaten, die von Griechenland weiter entfernt sind.

Die Diskussion der Griechenland-Krise in der Öffentlichkeit

Aus diesen Gründen haben bulgarische Kommentare zu den Reaktionen der großen EU-Staaten (hauptsächlich Deutschland und Frankreich) und der Brüsseler Verwaltung auf die Euro-Krise eher einen allgemeineren Charakter, wohingegen die Probleme mit Griechenland sehr konkret beurteilt werden. Die Medien sind voll von Prognosen und Befürchtungen über die finanziellen und wirtschaftlichen Risiken für die bulgarische Seite. Vor diesem Hintergrund ist auch die überwiegend negative Einstellung der bulgarischen Bevölkerung zum griechischen Drama zu bewerten. Dies gilt sowohl für die allgemeine Öffentlichkeit wie für Teile der politischen Klasse. Einschätzungen wie »die Griechen verdienen ihr Schicksal« oder »wir, die Bulgaren, haben gelitten, jetzt sind die Griechen an der Reihe« sind keine Ausnahme.

Was die Reaktionen des informierten Publikums und der Geschäftskreise angeht, so sind diese durch die spezifische Interessenlage und partnerschaftlichen Stereotypen, die fest in den bulgarisch-griechischen Beziehungen der letzten Jahre verankert sind, bestimmt. Die bulgarische Geschäftswelt als Ganzes hält sich mit scharfer öffentlicher Kritik an den Beschlüssen in der Eurozone und den Partnern im benachbarten Griechenland zurück. Gleiches gilt für die Gewerkschaften und die Branchenverbände, die traditionell freundschaftliche Beziehungen zu den griechischen und europäischen Sozialpartnern pflegen. Die Abhängigkeit der Unternehmen von griechischen Banken trägt sicher auch zu den gemäßigten Reaktionen bei.

Die bulgarische politische Elite ist vorsichtig in ihren Einschätzungen der griechischen Krisensituation und unterstützt in der Regel die Initiativen der Europäischen Kommission und der führenden EU-Staaten zur Stabilisierung der Eurozone. Allerdings nutzen führende Politiker der Regierungspartei das griechische Beispiel einer nichtkontrollierten Anhäufung von Schulden, um die seit 2008 verfolgte strikte Haushaltspolitik in Bulgarien weiterhin zu rechtfertigen.

Die bulgarischen Volkswirtschafts- und Finanzexperten sind sich in ihren Analysen und Schlussfolgerungen hinsichtlich der Krise der Eurozone und ihrer Folgen nicht einig. Die neoliberale Lobby (traditionell stark in Bulga-

rien) kritisiert den griechischen Staat für seinen übermäßigen Interventionismus und die hohen öffentlichen und sozialen Ausgaben. Die EU dagegen wird für ihr verspätetes Handeln im Falle Griechenlands kritisiert. Die alternative, neokeynesianische Kritik richtet sich in erster Linie gegen die global agierenden Finanzspekulanzen, die Ratingagenturen, die politische Korruption und gegen oligarchische Kreise. In letzter Zeit melden sich zunehmend auch Anhänger der »Österreichischen Wirtschaftsschule« zu Wort, die sich von der neoliberalen Doktrin abgrenzen und sich gleichzeitig den Aufrufen zur Wiederherstellung der staatlichen Intervention in manchen Segmenten des Marktes und der öffentlichen Dienstleistungen widersetzen. Für sie sind die staatliche Bürokratie, die unverantwortlichen Politiker und die Gewerkschaften, die mit ihren Handlungen den »perfekten« Markt untergraben, die Schuldigen.

Die Reaktion der bulgarischen Regierung auf die Krise

Auffällig sind die verspäteten Reaktionen von offizieller Seite in den zwei Phasen der globalen Krise. Die Regierung der konservativen Dreierkoalition, die Bulgarien bis Mitte 2009 regierte, behauptete zunächst, dass die in den USA entstandene und auf Europa übergegangene Krise und Rezession Bulgarien nicht betreffen werde. Ihre Argumente waren, dass im Lande ein Währungsrat bestehe, der eine finanzielle Stabilität garantiere, das Budget seit 2000 in der Regel Überschüsse generiert habe und das Wirtschaftswachstum zu den höchsten in der EU gehöre. Diese optimistische Einschätzung erwies sich jedoch bald als falsch. Die bulgarische Wirtschaft befindet sich seit Ende 2008 in einer Rezessionsphase, aus der noch immer kein Ausweg gefunden wurde (mit Ausnahme des Tourismussektors und einiger Exportbranchen).

Die gleiche verspätete Reaktion ist auch hinsichtlich der Krise in der Eurozone zu beobachten. Die neue bulgarische Regierung, die nach den Parlamentswahlen im Sommer 2009 an die Macht kam, setzte sich die Aufnahme Bulgariens in die Eurozone als wichtiges Ziel. Dieses sollte relativ kurzfristig bis 2012/2013 erreicht werden, wurde allerdings angesichts der Schuldenkrise zurückgenommen.

Anfang 2011 beschloss die bulgarische Regierung die Teilnahme am »Euro-Plus- Pakt«, ohne Mitglied der Eurozone zu sein. Seit Herbst wird auch dieser Schritt wieder in Frage gestellt. Überwiegend beschäftigt mit innenpolitischen Problemen (Wahlen und Veränderungen im Parlament, Umsetzung der Mittel aus den EU-Strukturfonds, Korruptionsskandale u.a.) beteiligt sich die gegenwärtige bulgarische Regierung nur »formal« an der europäischen Debatte über die Schuldenkrise.

Gleichzeitig demonstriert die Regierung Bulgariens mit Verweis auf die guten fiskalischen und Budgetzahlen, das niedrige Haushaltsdefizit (aktuell unter 2 Prozent) und die vernachlässigbaren Außenschulden (16 Prozent des BIP) nach außen das Selbstvertrauen eines erfolgreichen Landes. Die guten Kennwerte verdecken aber das wahre Bild der sozioökonomischen Situation des Landes: drastischer Abzug ausländischer Investitionen, die niedrigsten Löhne und Renten in der EU und schnell wachsende Arbeitslosigkeit. Die Äußerungen der Regierung, dass Bulgarien als Beispiel für Griechenland und andere hochverschuldete EU-Länder gelten könne, sind daher eher als innenpolitisch motivierte Propaganda zu bewerten.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise

Zweifelsohne wurden die Wirtschaft und insbesondere mittlere und kleine Unternehmen zuerst und am schwersten von der Krise getroffen. 2009 und 2010 war der Rückgang des BIP signifikant: besonders stark betroffen waren das Bauwesen (mit einem Rückgang von fast 50 Prozent), der Verkehr, die Immobilienbranche und die Leichtindustrie.

Die Reduzierung der Kreditvergabe und die Verteuerung bereits vergebener Kredite verursachten den Ruin Tausender kleiner und mittlerer Unternehmen. Der Anteil notleidender Kredite verdoppelte sich von 7-8 Prozent vor 2008 auf 15 Prozent Ende 2011. Insolvenzen, offizielle und inoffizielle, wurden zu einer regelmäßigen Praxis. Der Zustrom an frischem Kapital von außen ist weitgehend versiegt.

Die Krise erreichte Bulgarien zu einem Zeitpunkt, als die Fiskalreserven über vier Milliarden Euro betrugen. 2010

lag das Haushaltsdefizit bei 3,9 Prozent. Der Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität und die Erhöhung der Arbeitslosigkeit erzwangen neue Einschränkungen bei den öffentlichen Ausgaben. Zum ersten Mal seit dem Ende des Kommunismus wurden die Gehälter und Renten nicht entsprechend der Inflation indiziert. Die Arbeitslosigkeit verdoppelte sich in weniger als drei Jahren auf 10 Prozent. Der größere Teil der offiziell registrierten 340.000 Arbeitslosen ist seit langer Zeit ohne Arbeit. Die Anzahl derer, die die Suche nach einer neuen Beschäftigung aufgegeben haben, wächst. Sie werden von der Statistik nicht erfasst und sind somit keine Adressaten proaktiver Maßnahmen.

Ungeachtet der Tatsache, dass die bulgarische Wirtschaft in eine lange Rezession mit dramatischen sozialen Folgen für die Mehrheit der Bevölkerung und die Mittelschicht gerutscht ist, richtet sich die Strategie der Regierung ausschließlich auf die Budget- und Fiskalstabilität. Der realwirtschaftliche Sektor, Produktion und Dienstleistungen, sowie der Konsum sind kein Thema für die Antikrisenmaßnahmen. Der für Bulgarien schon traditionelle »austerity approach, imposed by the IFI's« hat sich zu einer nationalen Doktrin und zum alternativlosen Instrument für die Überwindung der Krise verselbständigt.

Das Paradox besteht darin, dass damit die Symptome und nicht die Ursachen der Wirtschaftskrise behandelt werden. Die Aufmerksamkeit der politischen Führung ist auf das Budget und Fiskalstabilität fixiert und nicht auf Angebot und Nachfrage, wo die eigentlichen Probleme liegen. Letztendlich hat nach Meinung namhafter Volkswirtschaftsexperten dieses Vorgehen eine prozyklische Wirkung, das heißt es reduziert das Wachstum und verlangsamt den Ausweg aus der Krise. Es gibt bereits Prognosen, dass Bulgarien sich auf dem Weg in ein »verlorenes Jahrzehnt« befindet, das von steigender Arbeitslosigkeit, stagnierendem Einkommen und schrumpfender Binnennachfrage gekennzeichnet ist.

Die bulgarische Haltung zur »Economic Governance« in der Eurozone

Es wurde bereits unterstrichen, dass die internationale Debatte über die Zukunft der Eurozone und der EU die politischen und administrativen Institutionen Bulgariens nicht wirklich beschäftigt. Zu diesem Thema wurden

bisher keine grundlegenden Debatten, weder im Parlament noch im »Rat für die nationale Sicherheit« beim Präsidenten, geführt. Diskussionen entstehen bestenfalls ad hoc aus Anlass konkreter Initiativen aus Brüssel: Entwürfe von Dokumenten der Europäischen Kommission, neue vom Europäischen Parlament verabschiedete Gesetze, regelmäßige und außerordentliche Treffen der Regierungschefs, Treffen der Finanzminister usw.

Auf der anderen Seite wird auf spezialisierten Foren, organisiert von Think Tank-Netzwerken, NGOs, Universitäten u.a., oft und lebendig diskutiert. Die Skepsis hinsichtlich der Zukunft der Eurozone in ihrer gegenwärtigen Fassung überwiegt. Die wiederkehrenden Absichtserklärungen der europäischen Regierungen, die Finanz- und Fiskaldisziplin durch die Einführung neuer, strengerer Regeln zu stärken, werden im Prinzip positiv aufgenommen. Es gibt in Bulgarien keine einflussreichen Gegner der Idee einer engeren Koordinierung der Wirtschaftspolitiken der EU-Länder.

Gleichzeitig wirft man den europäischen Institutionen und der Europäischen Zentralbank aber vor, zu spät eine Strategie zur Einschränkung der Schulden- und Währungskrise in den Mittelmeerländern und Irland entwickelt zu haben. Auch ist unter den bulgarischen Experten kein Optimismus bezüglich der baldigen Erholung der Märkte und der Finanzsysteme der überschuldeten Staaten der EU zu verzeichnen.

Bemerkenswert ist, dass die bulgarische Position zur vertieften Zusammenarbeit in der EU in zwei wesentlichen Punkten im Widerspruch zu den erklärten Absichten der europäischen Institutionen steht.

Der erste Widerspruch betrifft die Koordinierung der Steuermodelle und -politiken (was der erste Schritt beim Übergang zu einer Fiskalunion wäre): Bulgarien verfolgte bereits unter der vorherigen Regierung (2005-2009) einen Kurs der Reduzierung der direkten Steuern – der Gewinnsteuer und der Einkommenssteuer – weit unter den europäischen Standards. Die »Flat Tax« liegt bei nur 10 Prozent! Offiziell wird behauptet, dass auf diese Art und Weise mehr Investitionen angezogen würden. Aber auch ein solch starker Stimulus konnte in den Jahren der Krise den Zufluss an Kapital ins Land nicht erhöhen. Die »Flat Tax« auf persönliche Einkommen führte stattdessen zu einer Reduzierung der Ansätze im Budget einer-



seits und zu einer Erhöhung der Realeinkommen der Reichen in Bulgarien andererseits. Für Letztere und für ausländische Unternehmen ist Bulgarien eine attraktive Steueroase.

Die zweite Diskrepanz betrifft die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Diesbezüglich besteht unter

den politischen Parteien im Parlament ein versteckter Konsens: Die Idee einer neuen Steuer wird von allen zurückgewiesen. Diese Ablehnungshaltung ist in hohem Maße auf die mächtige Lobby der ausländischen Banken, die 95 Prozent des Marktes kontrollieren, zurück zu führen.



Über den Autor

Krastyo Petkov ist Professor für Wirtschaftssoziologie und Europäische Sozialpolitik an der Universität für Nationale und Weltwirtschaft in Sofia.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationaler Dialog | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Ernst Hillebrand, Leiter Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-26935-6 | Fax: ++49-30-26935-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen:
info.moe@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-003-9